

Empfehlungen Ständerat - Frühjahrssession 2026

AGRARALLIANZ
ALLIANCE AGRAIRE

IP-SUISSE und Mutterkuh Schweiz äussern sich grundsätzlich nicht im Detail zu politischen Vorstössen.

Nr.	Geschäftstitel	Datum	Inhalt	Empfehlung	Begründung
<u>25.4641</u>	Mo. Z'graggen. Vereinfachte Zulassung für Kräuterprodukte umsetzen	02.03.	Die Motion will traditionelle kosmetische Kräuterprodukte vereinfacht zulassen. Diese Regelung soll für Produkte gelten, die in Kleinmengen hergestellt werden und überwiegend aus Lebensmitteln sowie aus kultivierten Garten- und Wildkräutern bestehen.	Annahme	Traditionelle kosmetische Kräuterprodukte sind Teil des ländlichen Kulturerbes und schaffen Wertschöpfung auf landwirtschaftlichen Betrieben - insbesondere für kleinstrukturierte diverse Betriebe können solche Nischenprodukte wichtiges Einkommen bieten. Die heutigen Anforderungen an die Produktsicherheit orientieren sich an industriell hergestellten kosmetischen Produkten und sind für Kleinproduzentinnen unverhältnismässig und wirtschaftlich kaum tragbar.
<u>25.4462</u>	Mo. Hegglin Peter. Nachhaltige Verwertung von biogenen Reststoffen aus der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette sicherstellen	04.03.	Die Motion möchte, dass sämtliche biogene Reststoffe und Nebenprodukte aus der landwirtschaftlichen Produktion und Verarbeitung weiterhin sinnvoll stofflich und energetisch verwertet werden können. Die gesetzlichen Grundlagen sollen so angepasst werden, dass keine unnötigen Vorschriften oder sachfremden Einschränkungen die Verwertung in Biogasanlagen verhindern - sofern der Futtermittelkanal keine Verwendung mehr zulässt.	Annahme	Die Motion ermöglicht, dass saisonal bedingte Überschussituationen abgedeckt werden, in denen Reststoffe und Nebenprodukte nicht mehr als Futtermittel verwertet werden können. Dies unterstützt die Kreislaufwirtschaft, verhindert zusätzliche Belastungen für Umwelt und Betriebe und schafft verlässliche Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Biogasanlagen.
<u>25.4464</u>	Mo. Regazzi. Einführung einer Gesetzesgrundlage für den regulierten Abschuss von Wölfen bei Überschreitung eines vordefinierten Schwellenwerts	04.03.	Die Motion möchte, dass künftig einzelne Wölfe oder Rudel ab einer bestimmten, regional definierten Populationsgrenze zum Abschuss freigegeben werden können.	Ablehnung	2022 wurde das Jagdgesetz angepasst. Damit wurde die proaktive Wolfsregulierung bei drohenden Schäden ermöglicht. Anfangs 2025 trat die revidierte Jagdverordnung in Kraft. Parlament und Bundesrat haben zudem den Herdenschutz bereits deutlich weiter gestärkt. Die neue Rechtsgrundlagen sollen zuerst angewendet und damit Erfahrungen gesammelt werden, bevor weitere Anpassungen geprüft werden. Schäden steigen zudem nicht automatisch mit der Zahl der Wölfe: Ein einzelner Wolf kann grosse Schäden verursachen, ganze Rudel bleiben oft unauffällig.
<u>22.441</u>	pa. Iv. Bregy. Modernen Pflanzenschutz in der Schweiz ermöglichen	05.03.	Die parlamentarische Initiative hat im Kern zum Ziel, dass Pflanzenschutzmittelbewilligungen aus den vier Nachbarländern (Italien, Frankreich, Deutschland und Österreich) sowie aus Belgien und den Niederlanden in der Schweiz in einem «vereinfachten Zulassungsverfahren» zugelassen werden. Der Nationalrat nahm die Initiative an. Die zuständige Kommission folgt dem Nationalrat, passt die Motion aber so an, dass Notzulassungen nur übernommen werden, wenn im Land der ursprünglichen Zulassung gleichwertige Schutzbestimmungen gelten.	Ablehnung	Aus Sicht der Agrarallianz verpasst es die Revision, die Schweiz als Innovationsland beim nachhaltigen Pflanzenschutz zu positionieren. Wenn es um eine zukunftsfähige Schweizer Landwirtschaft geht, sollte konsequent die Verfügbarkeit von biologischen Mitteln mit geringem Umweltrisiko (biologische Pflanzenschutzmittel) gefördert werden. Dies ist aktuell eine Schwachstelle in der EU und hält die Schweiz als wichtigen Motor der integrierten Produktion zurück. Die Änderung der Kommission begrüssen wir.
<u>22.3809</u>	Mo. (Schneider Meret) Badertscher. Deklarationspflicht und Zollbeschränkungen für Fleisch von mehrtägigen Tiertransporten aus dem Ausland	05.03.	Die Motion verlangt, dass bei importiertem Fleisch aus mehrtägigen Tiertransporten künftig sowohl das Herkunftsland als auch das Land der Verarbeitung klar deklariert werden müssen. Zudem sollen für solches Fleisch Zollbeschränkungen gelten. Der Nationalrat nahm die Motion an, während sich die zuständige Kommission des Ständerats gegen die Motion aussprach.	Annahme	Die Agrarallianz setzt sich für eine qualitativ hochwertige Schweizer Landwirtschaft mit hohen Tierschutzstandards ein. Im Ausland sind die Standards oft weniger streng und für Konsumentinnen und Konsumenten nicht klar ersichtlich. Billigfleisch – auch aus der EU – stammt häufig aus Produktionsketten, in denen Tiere aus Kostengründen in anderen Ländern geschlachtet werden. Dieses Fleisch ist tierquälerisch, führt zu Preisdruck auf einheimische Betriebe und schwächt die Schweizer Qualitätsstrategie.
<u>24.4589</u>	Mo. Müller Leo. Realistisches Monitoring für den Gewässerschutz	11.03.	Die Motion möchte die Definition von «wiederholt und verbreitet» bei Grenzwertüberschreitungen in Oberflächengewässern anpassen. Neu soll ein Grenzwert erst dann als wiederholt und verbreitet überschritten gelten, wenn er in mindestens 20 Prozent aller untersuchten Gewässer überschritten wird – bisher liegt die Schwelle bei 10 Prozent. Zudem soll die Überschreitung in mindestens vier von fünf aufeinanderfolgenden Jahren festgestellt werden, statt wie bisher in zwei Jahren. Die UREK-S beantragt, die Motion in einer geänderten Fassung anzunehmen und punktuelle Anpassungen der Zulassungsüberprüfungen von Pflanzenschutzmittel vorzunehmen.	Ablehnung	Werden Grenzwerte «wiederholt und verbreitet» überschritten, können gezielte Massnahmen in der Landwirtschaft beschlossen werden. Zeigen diese keine Wirkung, kann ein Wirkstoff aus der Zulassung genommen werden – Ausnahmen bleiben möglich. Die vorgeschlagene Änderung würde diesen Mechanismus verzögern. Es würde erst später gehandelt, und der Schutz der Gewässer würde unnötig geschwächt. Der entsprechende Artikel im Gewässerschutzgesetz ist zudem ein zentrales Element der parlamentarischen Initiative 19.475 und eine wichtige Errungenschaft für eine umweltverträglichere Schweizer Landwirtschaft.